



### **Niedersächsischer Flüchtlingsrat unterstützt Aktionstour gegen Lager und fordert Solidarität mit Flüchtlingen statt Isolation und Stigmatisierung**

Der Niedersächsische Flüchtlingsrat unterstützt die „Aktionstour gegen das europäische Lagersystem“, die unter dem Motto „Für Bewegungsfreiheit! Gleiche Rechte für Alle!“ steht.

Am Sonnabend., 24. September protestieren das No-Lager-Netzwerk, ein Bündnis bestehend aus Flüchtlingsorganisationen und antirassistischen Initiativen, zusammen mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie gegen das sog. Ausreisezentrum in Bramsche–Hesepe bei Osnabrück. Mit einer Demonstration in Bramsche–Hesepe sowie einer geplanten öffentlichen Inspektion des Lagers soll die Aufmerksamkeit auf die repressive Unterbringung von Asylsuchenden gelenkt und die Schließung aller lagerähnlichen Unterkünfte für Flüchtlinge gefordert werden. Damit schließen sie sich den Forderungen der Insassen des Lagers Bramsche-Hesepe an, die in der Vergangenheit mehrfach gegen die unmenschliche Unterbringung protestiert haben.

Der Niedersächsische Flüchtlingsrat kritisiert, dass durch die verordneten Lebensumstände (Isolation und beengte Wohnverhältnisse, faktisches Arbeitsverbot, regelmäßige Verhöre) bei gleichzeitiger permanenter Drohung mit der Abschiebung werde eine Atmosphäre der Angst und des psychologischen Drucks erzeugt werde. „Dies sind krankmachende, unmenschliche Bedingungen, die die Lagerinsassen davon abhalten sollen, ihre Rechte auszuschöpfen. Die BewohnerInnen des Abschiebungslagers sollen müde gemacht werden., um letztlich ihrer Ausreise zuzustimmen“, sagt dazu Rechtsanwalt Dündar Kelloglu vom Vorstand des Niedersächsischen Flüchtlingsrates.

Das Abschiebungslager in Bramsche-Hesepe sei Teil eines komplexen Lagersystems, das kennzeichnend für die Asylpolitik der EU sei. „Zu diesem Lagersystem gehören die Lager innerhalb der EU-Staaten, wie z.B. das Abschiebungslager in Bramsche-Hesepe oder die zentralen Aufnahmestellen. Dazu gehören aber auch Lager an den EU-Außengrenzen, in denen die Flüchtlinge vor der Einreise in die EU abgefangen werden sollen. Die neueste Entwicklung sind Lager in Krisen nahen Regionen im Norden Afrikas“, beschreibt Kelloglu die Situation.

In Ländern, die nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hätten, könne Flüchtlingsschutz kaum erwartet werden. Flüchtlingen werde der Zugang zu einem Asylverfahren in einem EU-Land dadurch fast vollständig verwehrt. „Flucht- und Migrationsbewegungen sollen so möglichst umfassend kontrolliert und nach ökonomischen Interessen gesteuert werden. Nur wer auf dem Arbeitsmarkt verwertbar ist oder Kapital nach Europa bringt, hat Aussichten, hier leben zu können. Humanitäre Aspekte spielen dabei kaum eine Rolle“, so die Analyse von Dündar Kelloglu. Gleichzeitig sei zu beobachten, dass hierzulande die Behörden immer rücksichtsloser und brutaler bei Abschiebungen vorgehen.

Der Niedersächsische Flüchtlingsrat betont, dass die EU auch eine gewisse Verantwortung für die Ursachen von Flucht und Migration habe und sich dieser Verantwortung stellen müsse, indem es Flüchtlinge aufnehme und nicht abwehre. Solidarität mit Flüchtlingen statt Isolation und Stigmatisierung seien gefragt.

Nach der Aktion in Bramsche-Hesepe wird das No-Lager-Netzwerk dann am Sonntag, 25. September, in Mecklenburg-Vorpommern an zwei weiteren Lagern protestieren. Dies ist zum einen das Erstaufnahmelager in Horst bei Boizenburg, das zukünftig auch das Erstaufnahmelager für Hamburg darstellen wird und gleichzeitig zunehmend die Funktion eines Abschiebelagers bekommt sowie ein Containerlager in Schwerin.